

Staatsministerin Prof. Dr. Maria Böhmer

bei der GdW Fachveranstaltung „Motivation und Engagement als Wettbewerbsvorteil  
der Wohnungsgenossenschaften“

am 7. Juni 2011 im Hotel Ellington

in Berlin

---

*ES GILT DAS GESPROCHENE WORT*

**I. Einleitung: Gesellschaftliche Bedeutung des Themas**

Sehr geehrter **Herr Gedaschko**,

sehr geehrte **Damen und Herren!**

Herr Gedaschko hat es eben deutlich gemacht: **Integration geht uns alle an**. Denn Integration ist ein **Schlüsselthema** für die Zukunftsfähigkeit Deutschlands.

In Deutschland leben heute rund **16 Mio.** Menschen mit MH. In den großen Städten ist der Anteil der Zugewanderten besonders hoch. In einigen Städten kommt bereits die Mehrzahl der Kinder aus Familien mit zumindest einem zugewanderten Elternteil.

In **Frankfurt/Main** sind es z.B. 67 Prozent. Für **Ludwigshafen** gilt etwa: 59 Prozent der Kinder, die 2009 dort geboren wurden, haben einen ausländischen Pass oder neben der deutschen Staatsangehörigkeit eine weitere Staatsangehörigkeit.

Dabei dürfen wir nicht vergessen, dass die Mehrzahl der Zugewanderten nicht in Großstädten und nicht in sozialen Brennpunkten lebt. **Mehr als die Hälfte der Migranten lebt im ländlichen Raum, in kleinen und mittleren Städten.**

Die Zukunftsfähigkeit unseres Landes hängt davon ab, die **Potenziale** aller hier lebenden Menschen zu fördern. Wir können es uns auch aus **demographischen Gründen** nicht leisten, Talente brach liegen zu lassen.

Aber Menschen mit Migrationshintergrund sind nicht nur die Arbeitskräfte, die heute und morgen unsere Wirtschaft stärken sollen. Sie sind auch eine **wachsende Gruppe auf dem Wohnungsmarkt**. Denn aufgrund der **demographischen Entwicklung** wird der Migrantenanteil in den Wohnvierteln weiter zunehmen.

Und deshalb müssen sich die Wohnungsbaugesellschaften und -genossenschaften heute mehr denn je mit dieser Zielgruppe auseinandersetzen.

Durch das Projekt „Zuwanderer in der Stadt“ der Schader-Stiftung, an dem der GdW beteiligt war, ist uns deutlich geworden: Integration ist nicht zwingend davon abhängig, ob in einem Stadtteil viele oder wenige Menschen mit Migrationshintergrund leben. **Integration ist auch möglich, wenn sich Zuwanderer an einem Ort konzentrieren.**

Das ist auch wichtig für die Wohnungsgesellschaften und -genossenschaften: **Integration ist auch möglich, wenn der Anteil ihrer zugewanderten Mieter oder Mitglieder besonders hoch ist.** Dann ist jedoch das Engagement aller Beteiligten erforderlich, um die Rahmenbedingungen für Integration zu verbessern.

Aber auch, um ein gutes Miteinander aller unter einem Dach zu schaffen!

Ich freue mich daher sehr, dass Sie sich heute im Rahmen Ihrer Tagung auch mit dem Thema Integration beschäftigen. Und ich freue mich, dass die Wohnungswirtschaft viel in diesem Bereich unternimmt. Die Frage, wie sich Menschen und Wohnungswirtschaft engagieren und wie durch dieses Engagement die Integration in die Gesellschaft befördert wird, ist von größter Bedeutung. Deshalb **danke ich Ihnen sehr für Ihr Engagement!**

Integration ist die Summe unserer gemeinsamen Anstrengungen. Wir alle, Einheimische und Zuwanderer, Politik und Wirtschaft, Gesellschaft und jeder Einzelne, tragen gemeinsam Verantwortung für den Zusammenhalt in unserem Land. Dies muss in unserem Handeln zum Ausdruck kommen.

Eines ist uns allen doch klar: Es liegen in der Integrationspolitik **noch große Herausforderungen vor uns.** Versäumnisse von Jahrzehnten müssen aufgeholt werden. Das geht nicht von heute auf morgen. Wir sind hier zwar schon voran gekommen, aber wir müssen unsere Anstrengungen weiter intensivieren.

## **II. Stand der Integrationspolitik: NIP / NAP**

In den vergangenen sechs Jahren haben wir deshalb die Weichen in der Integrationspolitik neu gestellt.

Grundlage unserer Integrationspolitik ist der Nationale Integrationsplan. Wir haben ihn mit allen staatlichen Ebenen, gesellschaftlichen Gruppen und insbesondere auch den Migrantenselbstorganisationen entwickelt.

Eine **Arbeitsgruppe des Nationalen Integrationsplans** hat sich unter **Beteiligung der Wohnungswirtschaft (GdW)** ausführlich mit dem Thema „Integration vor Ort“ befasst. Zentrales Ergebnis dieser Arbeitsgruppe war: Integrationspolitik muss strategisch geplant und gesteuert werden. Dem Wohnquartier und den Institutionen vor Ort kommt dabei eine wichtige Bedeutung zu.

In den kommenden Jahren gilt es, **Integration noch verbindlicher zu machen.** Wir entwickeln deshalb den Nationalen Integrationsplan zu einem **Aktionsplan** weiter. Das heißt: Wir wollen verbindliche Ziele und Zeitvorgaben definieren, diese mit konkreten Maßnahmen unterlegen und später überprüfen, ob wir die Ziele erreicht haben.

Auch **beim Nationalen Aktionsplan** gibt es wieder eine **Arbeitsgruppe „Integration vor Ort“.** Auch hier ist wieder die **Wohnungswirtschaft vertreten.** Ich danke Ihnen für die Mitarbeit! Denn die Schaffung und Sicherung von attraktivem und bedarfsgerechten

Wohnraum und die Förderung des nachbarschaftlichen Zusammenlebens von Menschen unterschiedlicher Herkunft sind auch weiterhin zentrale Rahmenbedingungen für den Erfolg der Integrationsprozesse vor Ort.

Die Förderung der Wohneigentumsbildung und genossenschaftliches Wohnen können hierzu einen wichtigen Beitrag leisten.

Wohnungsunternehmen sind wichtige Partner für die Stadtentwicklungs- und Integrationspolitik. Viele Unternehmen haben ihre strategischen Unternehmenskonzepte bereits auf eine sozial und ethnisch vielfältige Mieterschaft ausgerichtet.

### **III. Rolle der Wohnungswirtschaft/ Wohnen und Integration**

10. Die Frage des Wohnens und des Wohnumfelds ist sehr wichtig für den Integrationsprozess. Sich in seiner Wohnung wohl zu fühlen und gute nachbarschaftliche Kontakte zu pflegen, trägt zur Identifikation mit der Gesellschaft insgesamt bei. Wir müssen aber feststellen, dass sich die Wohnsituation von Zugewanderten und der restlichen Bevölkerung bisher deutlich unterscheidet.

- Zuwanderern stehen **geringere Wohnflächen** pro Kopf zur Verfügung (2006: 28,7 qm mit MH, 41,4 qm ohne MH),
- Zuwanderer zahlen im Durchschnitt **höhere Mieten** (2006: 6,24 €/qm mit MH, 5,93 €/qm ohne MH),
- Zuwanderer sind **seltener Eigentümer** der Wohnung oder des Hauses, in dem sie leben (2006: 28,7% mit MH, 51,6% ohne MH).

Diese Zahlen stellen mich nicht zufrieden. Sie belegen, dass es noch viel zu tun gibt. Aber: Der **Indikatorenbericht**, den ich 2009 veröffentlicht habe und aus dem diese Zahlen entnommen sind, zeigt wie viele andere Studien auch: Die **Wohnverhältnisse** von Zuwanderern **verbessern sich**. Die **Eigentümerquote steigt zum Beispiel**. Das zeigt: Die Zuwanderer sind angekommen, sie identifizieren sich mit unserem Land.

Wir wissen im Übrigen: Die **Wohnbedürfnisse** der Zuwanderer **unterscheiden sich nicht** von den Wohnbedürfnissen der einheimischen Bevölkerung.

So wie **Chancengleichheit** im Bereich Bildung und Arbeit wichtig ist, so müssen Zuwanderer auch die Möglichkeit haben, attraktive Wohnungen anzumieten und Wohneigentum zu bilden. Schon heute fragen einkommensstärkere Migranten zunehmend bessere Wohnungen und Wohnlagen nach.

Der Wohnungswirtschaft kommt daher eine wichtige Rolle in der Integrationspolitik zu; als Vermieter von Wohnungen, als Verkäufer von Eigentumswohnungen, als lokaler Akteur. Und ich weiß, dass sich **die Wohnungswirtschaft ihrer sozialen Verantwortung bewusst ist**.

Um ihre soziale Verantwortung wahrnehmen zu können müssen sich auch die Wohnungsunternehmen **interkulturell** aufstellen. Das heißt, sie müssen **Zuwanderer gezielt ansprechen**.

Sie müssen sensibel auch für besondere Wünsche der Migranten sein. Zum Beispiel für den Wunsch, in räumlicher Nähe mit der Familie zu wohnen. Aber sie müssen auch sensibel mit der Erfahrung von Diskriminierung umgehen und der Angst davor, benachteiligt zu werden.

Sinnvoll ist es daher, wenn **Mitarbeiter kulturell sensibilisiert und geschult werden**. Sie müssen die Lebenswelt der Zuwanderer kennen. Und es ist gut, wenn ein Teil der Mitarbeiter selbst aus einer Zuwandererfamilie kommt.

Bereits heute beteiligen sich viele Wohnungsunternehmen am Quartiersmanagement oder führen es selbst durch, zum Beispiel in Berlin im Brunnenviertel oder in Dortmund in Scharnhorst-Ost.

Bereits heute stellen viele Wohnungsunternehmen **Räume für Freizeitaktivitäten oder Jugendangebote** zur Verfügung, stellen sie zum Teil Erdgeschosswohnungen für Kleingewerbe oder künstlerische Aktivitäten zur Verfügung.

Diese Angebote sind wichtig, um den Zusammenhalt im Gebiet zu stärken und **Orte der Begegnung für alle Mieter und Mitglieder** zu schaffen. Den Nutzen haben die Bewohner genauso wie die Wohnungsunternehmen, die mit Zufriedenheit und einer geringeren Fluktuation belohnt werden.

Bereits heute **beteiligen** viele Wohnungsunternehmen ihre Bewohner an der **Planung des Wohnumfelds**, bei Sanierungsmaßnahmen, ja selbst bei der Strategieentwicklung des Unternehmens. Bereits heute stellen viele Wohnungsunternehmen ihren Bewohnern Flächen für **Mietergärten** zur Verfügung.

Ich erinnere an den **Genossenschaftspreis 2008**. Diesen hat – neben anderen Preisträgern – die Berliner Wohnungsbaugenossenschaft "Am Ostseeplatz eG" bekommen. Die Genossenschaft hat im August 2007 15 Häuser in Kreuzberg erworben und die überwiegend türkischen Bewohner (60 Prozent der Mieter) intensiv an der Instandsetzung und Umgestaltung der Häuser und der Höfe beteiligt. Hierfür wurde auch – und das erscheint mir wichtig – türkischstämmiges Personal eingestellt.

Ich denke, das ist der richtige Weg: Wer sein Umfeld mit gestalten kann und mit anderen Menschen positive Erfahrungen macht, der identifiziert sich mit seinem Umfeld und so manche Unterschiedlichkeit wird nicht mehr als störend empfunden.

Aber mit Blick auf solche Projekte möchte ich auch sagen: Integrationsmaßnahmen dürfen sich nicht dauerhaft in Modellprojekten erschöpfen. **Integrationspolitik ist eine Regelaufgabe und sie gehört in die Regelförderung!** Wichtig ist daher, die guten und erfolgreichen **Projekte zu Regelaufgaben weiter zu entwickeln**.

Nur so können Verbesserungen gefestigt werden. Für die Wohnungsunternehmen wird sich das Engagement langfristig auszahlen.

Wenn Zuwanderer sich in ihrem Wohnumfeld einbringen und aktiv gestalten, profitieren wir alle davon.

#### **IV. Bundesaktivitäten: Integrationsvereinbarungen und Soziale Stadt**

Wohnungsunternehmen sind ein wichtiger integrationspolitischer Akteur vor Ort. Viele Aufgaben können allerdings nicht alleine von ihnen bewältigt werden. Wichtig ist es daher, sich mit den anderen Akteuren vor Ort zu vernetzen.

Dem dient auch das Vorhaben der **Integrationsvereinbarungen**, die wir in diesem Frühjahr begonnen **haben. Sie sollen** Integration für den Einzelnen verbindlicher machen. Dafür müssen wir u.a. die Vernetzung der verschiedenen Akteure in den Kommunen stärken.

Wir wollen insbesondere Neuzuwanderer erreichen. Sie sollen möglichst schnell Fuß fassen: in der Schule, in der Ausbildung und im Beruf, aber auch in der Nachbarschaft und im alltäglichen Leben.

Dafür müssen sie auch in ihrem Wohnumfeld aufgenommen werden, brauchen sie auch in ihrem Wohnumfeld Orte der Begegnung und Möglichkeiten der Beteiligung.

Ich weiß, dass die **Konzentration von Zuwanderern in armen Stadtteilen ein besonderes Problem** darstellt.

Daher müssen wir die Rahmenbedingungen für Integration gerade in Stadtteilen mit schwieriger sozialer Lage verbessern. Der berufliche und gesellschaftliche Aufstieg muss auch aus diesen Gebieten gelingen.

**Beruflicher Erfolg und gesellschaftliche Teilhabe dürfen nicht von der Adresse abhängen.** Wichtig ist, dass die Integrationspolitik auf die konkrete Situationen vor Ort ausgerichtet wird.

Der Bund unterstützt die Länder und Kommunen bei der Integration vor Ort mit dem Bund-Länder-Programm „**Soziale Stadt**“, dem ESF-Bundesprogramm „Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier (BIWAQ) und dem Modellprojekt „Integration und Stadtteilpolitik“ des Bundesbauministeriums.

Die Wohnungswirtschaft hat sich von Anfang an intensiv an dem Programm Soziale Stadt beteiligt. Zusammen mit der Wohnungswirtschaft ist es gelungen, **stabile Strukturen** zu schaffen, die die Integration vor Ort tragen.

Ich begrüße ausdrücklich, dass sich der **Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung**, Herr Ramsauer, in der letzten Woche (27.5.) **gegen eine weitere Kürzung der Städtebauförderung** ausgesprochen hat.

Denn insbesondere das Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ hat eine wichtige Funktion für die Integration vor Ort und das Zusammenleben der Menschen in den Quartieren.

Ich kenne **Ihre Kritik**, dass das Bund-Länder-Programm im Haushalt für das laufende Jahr so stark gekürzt wurde. Ich selbst sehe die **große Bedeutung des Programms** für die Integration vor Ort. Aber unter der gegebenen Haushaltslage war es uns nicht möglich, das Programm in seinem bisherigen Finanzumfang zu sichern.

**Ich setze mich aber dafür ein**, dass wir in Zukunft wieder mehr Bundesmittel für das Programm Soziale Stadt einstellen. (2010: 95 Mio. Euro pro Jahr als Beihilfen des Bundes, 2/3-Kofinanzierung durch Länder und Kommunen; 2011: 28,5 Mio. Euro)

Vieles, was für Integration wichtig ist, kann nicht auf Bundesebene geregelt werden. Klar ist: Wir können gute Rahmenbedingungen schaffen, vieles muss aber vor Ort entschieden und umgesetzt werden. **Dafür benötigen wir ihre Hilfe!**

Ich bin zuversichtlich, dass die **Wohnungswirtschaft** auch in Zukunft ihre **Verantwortung für die Integration** wahrnehmen wird.

### **V. Schluss**

Integration ist ein langer Weg. Manchmal gibt es Meilensteine, die uns zeigen, wie viel wir schon erreicht haben. Manchmal ist der Weg steinig und es wird sichtbar, welche Aufgaben und Herausforderungen noch vor uns liegen.

Von **Ingeborg Bachmann** stammt der Satz: „**Es gibt keinen Punkt, an dem wir stehen bleiben können und sagen: Jetzt haben wir's.**“

Deshalb ist Integration ein ständiger Prozess, der alle Beteiligten auf Dauer einbindet und einen langen Atem erfordert. Lassen Sie uns diesen Weg gemeinsam weitergehen!

Vielen Dank.